

**HESSISCHER LANDTAG**

18.01.2018

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion der SPD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019) in der
Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des
Haushaltsausschusses

Drucksache 19/5744 zu Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: **Abbau der Zahl langwieriger Verfahren/
Bekämpfung des internationalen Terrorismus und
der Internetkriminalität sowie Vertrauen in den
Rechtsstaat stärken- Bürgerservicestelle**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 1 - 4

Bezeichnung lt. Leistungsplan Ordentliche Gerichte

Veränderung
von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	493.143,5	+716,0	493.859,5
Eigene Erlöse	10.494,3		10.494,3
Produktabgeltung	482.649,2	+716,0	483.365,2

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	500.522,3	+716,0	501.238,3
Eigene Erlöse	10.171,8		10.171,8
Produktabgeltung	490.350,5	+716,0	491.066,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Es sollen insgesamt 20 neue Planstellen (A 9) geschaffen werden.
Das Pilotprojekt „Digitaler Servicepoint“ soll mit einer zusätzlichen Stelle (A10) versehen werden.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu langwierigen Verfahren in Hessen (Drs. 19/4474) hat erheblichen Handlungsbedarf ergeben. Neben den allgemein längeren Verfahrensdauern belasten auch neue Aufgabenfelder, wie die

Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Internetkriminalität, die Justiz maßgeblich. Die Hessische Landesregierung hat nun verspätet reagiert und Stellen aufgestockt. Die Stellenveränderungen der Landesregierung berücksichtigen die Folgedienste aber in nicht ausreichendem Maße.

Viele Bürger haben Fragen bezüglich unseres Rechtssystems oder einzelner Verfahrensabläufe. Eine für Hessen zentrale Bürgerservicestelle soll ratsuchenden Bürgern informierend und vermittelnd zur Verfügung stehen, ohne rechtsberatend tätig zu sein.

Wiesbaden, 18.01.2018

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel